BÃ¼NDNIS GEGEN CYBERMOBBING E.V.
Leopoldstr. 1 76133 Karlsruhe Tel.: 0721 16009-15 E-Mail: info@buendnis-gegen-cybermobbing.de

Social Media erst ab 16

Description

Social Media erst ab 16? Warum ein Verbot allein Kinder nicht schÃ¼tzt



Viele von Ihnen haben es in den vergangenen Monaten bereits in der aktuellen Medienberichterstattung verfolgt: Nicht nur in Australien, sondern auch innerhalb Europas wird seit geraumer Zeit darÃ¼ber diskutiert, ob und in welcher Form soziale Medien fÃ¼r Kinder und Jugendliche gesetzlich eingeschrÃ¤nkt oder bis zu einem bestimmten Alter verboten werden sollten. Die Debatte wird dabei zunehmend politisch gefÃ¼hrt und reicht von verbindlichen Altersgrenzen Ã¼ber strengere IdentitÃ¤ts- und AltersprÃ¼fungen bis hin zu besonderen, altersgerechten Versionen sozialer Netzwerke.

Die Argumente fÃ¼r eine solche Regelung sind nachvollziehbar: Eine verbindliche Altersgrenze kÃ¶nnte Kinder lÃ¤nger vor Cybermobbing, sexualisierter Kontaktaufnahme, ungeeigneten Inhalten, sozialem Vergleich und bewusst bindenden Plattformmechanismen schÃ¼tzen. Sie kÃ¶nnte zudem Eltern entlasten und den gesellschaftlichen Druck verringern, schon frÃ¼h einen eigenen Social-Media-Account besitzen zu mÃ¼ssen. Somit wÃ¼rden sich auch schulische Konflikte, die von Social Media ausgelÃ¶st oder verschÃ¤rft werden, reduziert werden kÃ¶nnen. Kritiker weisen jedoch darauf hin, dass Verbote leicht umgangen werden kÃ¶nnen, eine flÃ¤chendeckende Alterskontrolle neue Datenschutzfragen aufwirft und Jugendliche mÃ¶glicherweise auf weniger regulierte Plattformen ausweichen. Vor allem aber vermittelt ein Verbot noch **keine Medienkompetenz** und bereitet junge Menschen nicht automatisch auf einen sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit sozialen Netzwerken vor.

Auch wir vom BÃ¼ndnis gegen Cybermobbing beschÃ¤ftigen uns im Rahmen unserer PrÃ¤ventionsarbeit immer wieder mit der Frage, welche Rolle Verbote, Altersgrenzen und klare Regeln spielen kÃ¶nnen. In zahlreichen GesprÃ¤chen mit SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼lern, Eltern, LehrkrÃ¤ften und Schulleitungen erleben wir, wie unterschiedlich die Erwartungen, Sorgen und Erfahrungen rund um soziale Medien sind.

Wir mÃ¶chten deshalb die aktuelle Entwicklung einordnen, Argumente fÃ¼r und gegen ein Social-Media-Verbot beleuchten und zeigen, warum nachhaltiger Schutz aus unserer Sicht nicht allein durch Ausschluss entstehen kann. Entscheidend sind ebenso eine frÃ¼hzeitige Medienbildung, kontinuierliche PrÃ¤vention, verlÃ¤ssliche Begleitung und eine stÃ¤rkere Verantwortung der Plattformbetreiber.

Das Beispiel von Australien, das einen weltweit beachteten Schritt gewagt hat, lÃ¤sst bereits erste Erkenntnisse sichtbar werden: Seit dem 10. Dezember 2025 mÃ¼ssen zahlreiche Social-Media-Plattformen verhindern, dass Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren eigene Accounts erstellen oder weiterfÃ¼hren. Betroffen sind unter anderem Instagram, TikTok, Snapchat, Facebook, YouTube, Reddit und X. Die Verantwortung liegt dabei nicht bei den Familien, sondern bei den Plattformbetreibern. Bei unzureichender Umsetzung drohen diesen Betreibern hohe Geldstrafen.

Die australische Regierung spricht bewusst nicht von einem vollstÃ¤ndigen Verbot, sondern von einer VerzÃ¶gerung des Einstiegs in soziale Netzwerke. Jugendliche unter 16 Jahren dÃ¼rfen weiterhin frei zugÃ¤ngliche Inhalte ansehen und nicht betroffene Messenger, Spieleplattformen oder digitale Bildungsangebote nutzen. Ein eigener Account auf den erfassten Plattformen soll jedoch erst ab 16 Jahren mÃ¶glich sein. Nach Angaben der australischen AufsichtsbehÃ¶rde wurden im Zuge der EinfÃ¼hrung bereits mehrere Millionen mutmaÃ?liche Accounts von unter 16-JÃ¤hrigen deaktiviert oder entfernt.

Auch in Deutschland und der EU wird intensiv Ã¼ber eine gesetzliche Altersgrenze diskutiert. Die VorschlÃ¤ge reichen von einem Mindestalter von 13 oder 14 Jahren bis hin zu strengeren ZugangsbeschrÃ¤nkungen nach australischem Vorbild. Die Bundesregierung hatte zunÃ¤chst betont, dass der Meinungsbildungsprozess noch nicht abgeschlossen sei. Im Juni 2026 legte die unabhÃ¤ngige Expertenkommission â??Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Weltâ?? schlieÃ?lich 56 Handlungsempfehlungen, unter anderem auch von uns, vor. Ihr Ansatz verbindet Schutz, BefÃ¤higung und digitale Teilhabe, statt allein auf pauschale Verbote zu setzen.



Die Sorgen sind berechtigt

Dass Kinder und Jugendliche in sozialen Netzwerken besser geschÃ¼tzt werden mÃ¼ssen, steht auÃ?er Frage. Sie kÃ¶nnen dort mit Cybermobbing, sexualisierter Kontaktaufnahme, Hass, Desinformation, extremen SchÃ¶nheitsidealen und selbstgefÃ¤hrdenden Inhalten konfrontiert werden. Hinzu kommen Plattformmechanismen wie personalisierte Empfehlungen, Autoplay, Push-Nachrichten und endloses Scrollen, die darauf ausgerichtet sind, Aufmerksamkeit mÃ¶glichst lange zu binden und im schlimmsten Fall in eine Mediensucht fÃ¼hren kÃ¶nnen.

Auch die aktuelle deutsche Forschung zeigt, wie widersprÃ¼chlich Jugendliche Social Media selbst erleben. Laut der JIMplus-Studie 2026 geben 72 Prozent an, dass soziale Medien sie von Dingen ablenken, die sie eigentlich erledigen wollten. 55 Prozent fehlt dadurch Zeit fÃ¼r Erholung oder andere FreizeitaktivitÃ¤ten. 40 Prozent nehmen eine Verringerung ihrer KonzentrationsfÃ¤higkeit wahr. Gleichzeitig sagen 82 Prozent, dass Social Media ihnen Zugang zu Wissen ermÃ¶glicht, den sie sonst nicht hÃ¤tten und etwa die HÃ¤lfte fÃ¼hlt sich dort verstanden.

In der aktuellen Studie vom BÃ¼ndnis gegen Cybermobbing sind Ã¼ber 70% der Eltern fÃ¼r ein Verbot und selbst unter den SchÃ¼lern stimmen 50% einem Verbot bis zum Alter von 14 Jahren bzw. 16 Jahren zu.

Diese Ergebnisse zeigen: Soziale Medien sind fÃ¼r Jugendliche weder schÃ¤dlich noch grundsÃ¤tzlich bereichernd. Sie sind Kommunikationsraum, Informationsquelle, Treffpunkt, Unterhaltungsmedium und mitunter auch ein wichtiger Ort gesellschaftlicher Teilhabe. Genau diese Ambivalenz muss eine verantwortungsvolle Debatte berÃ¼cksichtigen.



Warum ein pauschales Verbot zu kurz greift

Eine Altersgrenze kann Familien entlasten und ein deutliches gesellschaftliches Signal setzen. Sie kann zudem den Druck reduzieren, bereits im Grundschulalter einen eigenen Account besitzen zu mÃ¼ssen. Dennoch lÃ¶st sie die grundlegenden Probleme der Plattformen nicht.

Altersangaben lassen sich umgehen, Jugendliche kÃ¶nnen auf weniger regulierte Angebote ausweichen und problematische Inhalte bleiben auch fÃ¼r Ã¤ltere Jugendliche und Erwachsene bestehen. Gleichzeitig kann eine umfassende Alterskontrolle neue Fragen zum Datenschutz aufwerfen. Auch die australische Regelung versteht sich deshalb ausdrÃ¼cklich nur als Teil eines breiteren Schutzkonzepts und nicht als alleinige LÃ¶sung.

Ein weiteres Problem: **Ein Verbot vermittelt noch keine Kompetenz**. Wer bis zum 16. Geburtstag von sozialen Netzwerken ferngehalten wird, weiÃ? dadurch nicht automatisch, wie man Fake-Profile erkennt, PrivatsphÃ¤re schÃ¼tzt, mit Gruppendruck umgeht, Beweise bei Cybermobbing sichert oder manipulative Algorithmen durchschaut.

Kinder mÃ¼ssen digitale Risiken nicht nur vermeiden, sondern schrittweise verstehen und bewÃ¤ltigen lernen. Diese Lernprozesse beginnen lange vor dem ersten eigenen Social-Media-Account, beispielsweise bei Klassenchats, Videoplattformen, Onlinespielen und Messenger-Diensten.

Was Kinder und Jugendliche stattdessen brauchen

Wirksamer Kinder- und Jugendschutz benÃ¶tigt mehr als nur eine Alterszahl. Er braucht eine verbindliche und kontinuierliche Medienbildung, die frÃ¼h beginnt und sich an der tatsÃ¤chlichen

Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen orientiert.

Dazu gehÃ¶ren insbesondere:

- **Verbindliche Medienbildung in allen Schularten**

Medienkompetenz darf nicht von einzelnen engagierten LehrkrÃ¤ften oder Projekttagen abhÃ¤ngen. Kinder und Jugendliche benÃ¶tigen altersgerechtes Wissen Ã¼ber PrivatsphÃ¤re, Algorithmen, Werbung, Desinformation, Cybermobbing, Cybergrooming, kÃ¼nstliche Intelligenz und digitale Selbstregulation.

- **PrÃ¤vention statt Reaktion**

Viele Schulen handeln erst, wenn bereits ein konkreter Cybermobbingfall, ein problematischer Klassenchat oder eine gefÃ¤hrliche Challenge aufgetreten ist. Nachhaltige PrÃ¤vention setzt frÃ¼her an. Sie stÃ¤rkt Empathie, Zivilcourage, KonfliktfÃ¤higkeit und die Bereitschaft, sich Hilfe zu holen.

- **Klare Regeln und sichere Meldewege**

Schulen brauchen gemeinsam entwickelte Regeln fÃ¼r Klassenchats, Bildaufnahmen, Weiterleitungen und den Umgang mit digitalen Grenzverletzungen. Ebenso wichtig sind bekannte Ansprechpersonen und transparente AblÃ¤ufe, damit betroffene SchÃ¼ler schnell UnterstÃ¼tzung erhalten.

- **Fortbildung fÃ¼r LehrkrÃ¤fte und pÃ¤dagogische FachkrÃ¤fte**

LehrkrÃ¤fte mÃ¼ssen nicht jede neue App oder den aktuellen Social Media Trend kennen. Sie benÃ¶tigen jedoch Sicherheit im Umgang mit digitalen Konflikten, rechtlichen Grundlagen, Beweissicherung und Intervention. Nur wer Handlungssicherheit besitzt, kann frÃ¼hzeitig reagieren und Betroffene wirksam schÃ¼tzen.

- **Elternbildung ohne Schuldzuweisungen**

Eltern stehen hÃ¤ufig vor der schwierigen Aufgabe, Orientierung in einer digitalen Welt zu geben, die sich stÃ¤ndig verÃ¤ndert. Sie brauchen verstÃ¤ndliche Informationen, konkrete GesprÃ¤chsimpulse und realistische Empfehlungen statt pauschaler VorwÃ¼rfe oder technischer Patentrezepte.

- **Mehr Verantwortung fÃ¼r Plattformen**

PrÃ¤vention darf nicht dazu fÃ¼hren, dass die gesamte Verantwortung bei Kindern, Eltern und Schulen landet. Plattformen mÃ¼ssen altersgerechte Voreinstellungen bieten, riskante KontaktmÃ¶glichkeiten begrenzen, Meldungen schneller bearbeiten und manipulative Designmechanismen reduzieren. Auch die deutsche Expertenkommission betont, dass Bildung, PrÃ¤vention, Regulierung und Plattformverantwortung ineinandergreifen mÃ¼ssen.

- **BefÃ¤higen statt nur ausschlieÃ?en**

Die Debatte Ã¼ber Altersgrenzen ist wichtig, weil sie die Risiken sozialer Netzwerke sichtbar macht. Sie darf jedoch nicht den Eindruck erwecken, mit einem Verbot sei das Problem gelÃ¶st.

Kinder und Jugendliche brauchen SchutzrÃ¤ume â?? aber ebenso Gelegenheiten, digitale Verantwortung begleitet einzuÃ¼ben. Ein wirksamer Kinder- und Jugendschutz verbindet deshalb klare Grenzen mit Medienbildung, PrÃ¤vention, technischer Sicherheit und einer konsequenten Verantwortung der Plattformbetreiber.

Unser Ziel sollte nicht nur sein, Kinder mÃ¶glichst lange von sozialen Medien fernzuhalten. Unser Ziel muss es sein, sie so zu stÃ¤rken, dass sie digitale RÃ¤ume sicher, kritisch, selbstbestimmt und respektvoll nutzen kÃ¶nnen.

Genau diesen Ansatz verfolgt das BÃ¼ndnis gegen Cybermobbing bereits seit vielen Jahren mit seinen PrÃ¤ventionsprogrammen fÃ¼r Grundschulen, weiterfÃ¼hrende Schulen und Berufsschulen. Unser Ziel ist es, nicht erst dann zu handeln, wenn bereits ein konkreter Vorfall entstanden ist, sondern SchÃ¼ler, LehrkrÃ¤fte und Eltern frÃ¼hzeitig zu stÃ¤rken, Handlungssicherheit zu vermitteln und nachhaltige Schutzstrukturen an Schulen aufzubauen.

MÃ¶chten auch Sie Ihre Schule langfristig und wirksam im Bereich Cybermobbing-PrÃ¤vention stÃ¤rken? Dann bewerben Sie sich noch heute fÃ¼r eines unserer PrÃ¤ventionsprogramme.

Date Created
11. August 2026